

1. Teil

Frauen in der Commune – und was folgte

In diesem Jahr für die Frauenbewegung: 110 Jahre Internationaler Frauentag, 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg und 150 Jahre Pariser Kommune.

Die Jahrestage erinnern daran, dass **ein Teil der Frauenbewegung auch immer grundlegende gesellschaftliche Veränderungen fordert** und vehement dafür eintritt.

Die Frauen der Commune von 1871: ihre Anteil an der Commune wurde viele Jahre von den herrschenden Regierungen verschwiegen.

Auch von linken Kräften wurde es insgesamt eher beiläufig erwähnt, dass es auch Frauen gegeben hat, die auf den Barrikaden in Paris kämpften.

Mit den neueren Frauenbewegungen, die sich seit Ende der 1960er Jahre entwickelt haben, erhielten jedoch diese wichtigen Kämpfe einen neuen Stellenwert. Das stärker entwickelte Bewusstsein der Frauen, in Kultur, in akademisch Bereich, in der Arbeit, aber auch im Privaten, forderte und förderte die Kenntnis über frühere Frauenbewegungen.

Aber keine Geschichte, auch nicht die der Pariser Commune, kommt aus dem Nichts.

Frauen in Paris hatten bereits 1789 an dem an dem Verlauf der Französischen Revolution ihren Anteil.

Der Marsch der Marktfrauen nach Versailles ist ein berühmtes Beispiel.

Dieser Marsch zwang den König nach Paris und gab der revolutionären Entwicklung für die proklamierten Ziele nach **Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit** neue Impulse.

Was heute Google und andere Suchmaschinen im Internet sind, war damals überwiegend die Weitergabe von Erfahrungen durch das Erzählen, denn die Aufzeichnungen der Geschichtsschreiber standen nicht jeder zur Verfügung, waren außerdem auch der jeweiligen Herrschaft des Landes untergeordnet.

Die Aktionen, die Entwicklung und die Fehler aus der Französischen Revolution fanden also durch Mund-zu-Mund-Propaganda ihren Weg bis in die Tage der Commune.

In der Veranstaltung der marxistischen linke, die aufgezeichnet auf kommunisten.tv angesehen werden kann, haben wir über die Pariser Commune gesprochen.

Heute geht es um den politisch-gestalterischen und aktiven Beitrag tausender Pariser Arbeiterfrauen an der Pariser Kommune.

Bereits 1870 waren es Frauen in Paris, überwiegend Arbeiterfrauen, dazu Handwerkerinnen, Lehrerinnen, die Komitees bildeten, um gemeinsam die soziale Not, den Hunger und die Wohnbedingungen, zu lindern. Sie **schlossen sich in den Nachbarschaften zusammen**, bildeten darüber in Stadtteilen und für ganz Paris Strukturen.

Frankreich ächzte zu der Zeit unter den Schulden, die der Krieg und der Versailler Vertrag hinterlassen hatten. Gezahlt werden sollte die Zeche von den Arbeiterinnen und Arbeitern. Aus Angst vor Unruhen in Paris flüchtete die Thiers-Regierung nach Versailles.

Doch die reaktionären Versailler Truppen wollten ihre Kanonen vor Paris holen und provozierten damit die Gegenwehr der Pariser Frauen. In den Diskussionen auf ihren Zusammenkünften hatten diese Forderungen für eine soziale und friedliche Welt entwickelt. Deshalb waren die Soldaten gar

nicht willkommen. Die **Frauen** waren bereits gut organisiert und gaben das Ziel aus: Paris schützen! Sie **stellten sich den Soldaten in den Weg**. Das war der Beginn der Pariser Commune.

Selbstverständlich waren es nicht nur aktive Frauen, auch die Männer haben einen großen Anteil an der Entwicklung der Pariser Commune.

Die schnell gewählte erste Arbeiterregierung, der Rat der Pariser Commune, bestand zunächst aus Männern. In den gewählten Kommissionen waren jedoch auch Frauen vertreten. Ihr Recht auf Mitsprache hatten sie sich auch in den regionalen revolutionären Clubs erkämpft. Die Frauen trugen mit ihrer Organisiertheit, ihren Forderungen für Veränderungen wesentlich zur Bildung der ersten demokratischen Arbeiterregierung 1871 in Paris bei.

Clara Zetkin hat (Geschichte zur proletarischen Frauenbewegung) über die Rolle der Frauen in der Pariser Commune geschrieben:

„Zum ersten Mal riss das Proletariat mit kühnem Sinn und starker Faust die Staatsmacht an sich. Dem gewaltigen Ereignis fehlte nicht der typische Wesenszug jeder elementaren Revolution: die Beteiligung breiter Frauenmassen.“

Gleichzeitig mit den sozialen Veränderungen, die von den Kommunarden umgesetzt wurden, verstanden die Frauen diesen Kampf auch als einen emanzipatorischen Kampf.

Ein Kampf, mit dem **die Frau die gleichen Rechte wie die Männer erhalten sollte**.

Dazu war es notwendig, auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Interesse der Frauen zu verändern.

Eine Hauptforderung der Frauen war es, die **Vorherrschaft der Kirche abzuschütteln**, mit deren Macht nicht nur die Unterdrückung der Frau erfolgte, sondern auch demokratische Entwicklungen in der Gesellschaft verhindert wurden.

Beispielhaft war der Schritt zur **Schaffung eines Erziehungssystem**, das auch den Bedürfnissen und Erwartungen der Frauen entsprach.

Frauen, die bisher als ungelernete und billige Arbeitskräfte tätig waren, die in den – auch heute kennen wir diesen Begriff noch – typischen Frauenberufen wie Wäscherin oder Näherin

Dienstleistungen erbrachten, mussten auch den Haushalt regeln und die Kinder betreuen.

Gab es bisher Schulen für die älteren Kindern, wurden nun auch **Kindergärten** errichtet, die

Berufstätigkeit besser möglich machten. Die **Berufsausbildung für Frauen** wurde angeboten. Am 12. Mai 1871 wurde die **erste Industriebeschulung für Mädchen** eingerichtet.

Die Einführung des 10-Stunden-Tages, die Abschaffung der Nacharbeit für bestimmte Berufsgruppen sind Erfolge, denn vorher waren 13-Stunden-Tage die Regel.

Der direkte Zusammenhang von der **Emanzipation der Frauen und der Bedeutung der Erwerbstätigkeit** wurde erkannt. Die Forderung nach dem Recht auf Arbeit für Frauen war deshalb konsequent. Dieses wurde ebenso durchgesetzt wie der gleiche Lohn für Frauen und Männer. Damit war die bis dahin allgegenwärtige **ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Mann beendet**.

Zwischen **ehelichen und nicht ehelichen Kindern** wurde in der Pariser Commune der Unterschied aufgehoben, ebenso wurden **Ehen und Lebensgemeinschaften** gesetzlich gleichgesetzt.

26 Prozent der Kinder waren damals in Paris "unehelich". Auch dies war ein Grund für die Begeisterung, mit der viele Frauen auf Seiten der Kommune bis zum letzten Tag kämpften.

Gleiche Rechte für alle Menschen – eine Forderung, die heute noch nicht erfüllt ist, wurde damals umgesetzt.

In Paris um 1870 soll es etwa 12 Prozent Ausländer*innen gegeben haben. Während der Pariser Commune haben sie französische Staatsbürgerschaft erhalten.

Um sich besser zu organisieren, noch mehr Frauen zu erreichen und für die der Pariser Kommune zu gewinnen, schufen sich die Frauen ihre eigene Organisation. Die **"Union der Frauen zur Verteidigung von Paris"** sah ihre wesentliche Aufgabe darin, die Revolution zu verteidigen. Zu Versammlungen der "Union des femmes" kamen zwischen 3 000 und 4 000 Frauen. **10 000 Frauen sollen sich an einem Marsch nach Versailles beteiligt haben – dieser wurde in Erinnerung an die Revolution von 1789 durchgeführt.**

Beeindruckende Frauen wie Elisabeth Dimitrieff (Jelisaweta Dmitrijewa), die in einem engen Kontakt mit Karl Marx stand, gehörten zu den Frauen der Commune federführend dazu, ebenso wie die Buchbinderin Nathalie Lemel und Louise Michel. Sie kämpften auf den Barrikaden zur Verteidigung der Pariser Commune, die nach 72 Tagen blutig erstickt wurde. Ein Journalist der Londoner "Times" soll die Ereignisse während der Pariser Kommune folgendermaßen kommentiert haben: "Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation."

Aus der Sicht eines Mannes oder seines männlich geprägten gesellschaftlichen Systems, ist diese Vorstellung einer „schrecklichen Nation“ mit regierenden und gleichberechtigten Frauen nicht mit dem Ende der Pariser Commune gestorben.

Karl Marx hatte bereits 1868 die Frage der Rolle von Frauen in den proletarischen Kämpfen aufgegriffen, als er in einem Brief an Ludwig Kugelmann schrieb: „Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“

So neu war dieser Gedanke nicht, Marx bestätigte damit die Aussage von Charles Fourier: »Die Veränderung einer geschichtlichen Epoche läßt sich immer aus dem Verhältnis des Fortschritts der Frauen zur Freiheit bestimmen ... Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.«

Die Erfahrungen der Commune fanden in den emanzipatorischen und revolutionären Bewegungen der letzten hundert Jahre ihren Nachhall.

Die gleichberechtigte Frau in der Gesellschaft, ob in den Dekreten der Oktoberrevolution in Russland, die durch und nach der Novemberrevolution in Deutschland erkämpften Frauenrechte, sind dafür nur Beispiele.

Lernen können wir aus der Geschichte der Pariser Commune jedoch auch, wie die Reaktion immer wieder versucht, einmal erkämpfte Rechte der Bevölkerungen zu liquidieren.

Dies gelingt aber immer nur für bestimmte Zeiträume und nie vollständig. Zu wach sind die Erinnerungen erfolgreicher Kämpfe und an dadurch bereits gewonnene Freiheiten und Rechte. Sie werden auch in den aktuellen Auseinandersetzungen in der Verteidigung bestehender und dem Erstreiten neuer Rechte eine Rolle spielen.

Die aktuellen Fragen werden im 2. Teil dieser Veranstaltung diskutiert.

2. Teil Frauenrechte heute

Am 22.3.2021 schreibt die Frauen- und Familienministerin der deutschen Bundesregierung auf Facebook:

„Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention, dem wichtigsten völkerrechtlichen Instrument, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu bekämpfen und den Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten, hat mich erschüttert. Damit wird gerade den Frauen in der Türkei ein wichtiges Instrument im Kampf gegen häusliche Gewalt entzogen. Denn eins ist klar: Frauenrechte sind Menschenrechte - und der Schutz von Frauen vor Gewalt muss in Europa oberste Priorität haben. Deswegen werden wir das zehnjährige Jubiläum der Zeichnungsauflegung der Istanbul-Konvention am 11. Mai 2021 nutzen, um gerade in Zeiten einer weltweiten Pandemie, in der Frauen besonders von Gewalt bedroht sind, die Bedeutung der Konvention für den Alltag der Frauen herauszustellen.“

In so einem kurzen Text, für mediale Aufmerksamkeit gut in Szene gesetzt, so viele Halbwahrheiten! Die in ihrer Summe die gesamte Aussage dieser Ministerin nur verlogen und heuchlerisch nennen lässt.

Der Reihe nach:

1.)

Das faschistische Erdogan-Regime in der Türkei hat in einer Nacht- und Nebelaktion den Austritt aus der von der Türkei im März 2012 ratifizierten Istanbul-Konvention erklärt. Die Erschütterung der Ministerin wegen der Kündigung des Vertrags durch die Türkei kann ein Hinweis darauf sein, dass selbst Bundesminister*innen sich einen Dreck darum kümmern, mit wem ihre eigene Regierung freundschaftliche und teetrinkende Beziehungen pflegt. Auch jetzt werden dem Erdogan-Regime durch den Außenminister Maas lediglich „die falschen Zeichen“ unterstellt. In der Türkei geht es schon sehr lange um die Menschenrechte! Menschen, auch Frauen, werden seit Jahren in den Gefängnissen gefoltert. Davon scheint Frau Giffey noch nichts gehört zu haben. Der Deutsche Frauenrat hingegen fordert die Bundesregierung und die EU auf, ihre Beziehungen zu Ankara zu überdenken.

Weshalb sich die Ministerin für Frauen nicht mindestens dieser Forderung anschließt, bleibt ihr Geheimnis.

2.)

Frau Giffey sieht die Frauenrechte in der Türkei – zu Recht! - zum Nachteil verändert. Allerdings suggeriert ihre Aussage, die Rechte auf Frauengesundheit in diesem Land würden mit dem „Instrument“ (Istanbul-Konvention) umgesetzt und würden auch in den Institutionen des Staates BRD ernst und wahrgenommen. Berichte vieler betroffener Frauen und auch aus den Beratungsstellen, die oft um finanzielle Mittel kämpfen müssen, zeigen häufig eine andere Situation.

Auch ist der Schutz von Frauen in Europa, der mit der Aussage „Frauenrechte sind Menschenrechte“ von der Ministerin erwähnt wird, ein Hohn für alle Frauen, die als Geflüchtete nach Europa kommen und in Lagern wie in Moria untergebracht werden, in denen weder die Menschen- noch die Frauenrechte gelten. Die Möglichkeit sich hier für die Frauen einzusetzen, hat Frau Giffey in den letzten Jahren nicht genutzt. Sie selbst wird wissen, was sie daran hinderte.

3.)

In den oben genannten Zusammenhängen, erwähnt Frau Giffey das 10. Jahr der Zeichnung der Istanbul-Konvention. Auch hier verkürzt sie, meiner Meinung nach unlauter, denn sie sagt nicht, dass die Ratifizierung durch Deutschland erst im Oktober 2017 erfolgte mit einer Gültigkeit des Abkommens für dieses Land ab Februar 2018.

TERRE DES FEMMES hat die Ratifizierung mit den Worten kommentiert „Mit der Ratifizierung ist der Schutz von Frauen vor Gewalt aber nicht erledigt, sondern fängt erst an: Die Bundesregierung muss nun einen umfassenden Plan vorlegen, wie sie zukünftig Frauen besser vor Gewalt schützen möchte.“ Gefordert wird ein Rechtsanspruch auf Hilfe bei Gewalt und die Verbesserung des bestehenden Hilfesystems in Deutschland. Laut Konvention sollen ausreichend Schutzunterkünfte, Beratungs- und Hilfsdienste sowie Krisenzentren für Gewaltopfer bereitgestellt

und finanziert werden.

Kritisiert wird außerdem, dass die Istanbul-Konvention mit einem Vorbehalt ratifiziert wurde. Die Regierung hat beim Aufenthaltsrecht einen Vorbehalt eingelegt. „Dabei ist es gerade für Migrantinnen, die häusliche Gewalt erleben, extrem wichtig, einen vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltstitel zu erhalten und nicht auf eine „Ehebestandszeit“ angewiesen zu sein“ so Terre des Femme.

4.)

In den Zeiten der Pandemie nimmt die häusliche Gewalt zu. Der Staatssekretär der Ministerin Giffey konnte in der Fragestunde des Bundestags am 24.3.21 keine Aussagen machen, da es (noch?) keine Zahlen des Bundes darüber gibt.

Allerdings war die Zahl der registrierten Taten schon in 2019 gestiegen auf 141.792, 149 Menschen, davon 117 Frauen wurden durch häusliche Gewalt ermordet. Und für 2020 ist Fakt, dass allein die Charitee Berlin eine Zunahme dieser Gewaltopfer von 8 % registriert hat.

NEIN - ich will mit dieser Kritik zur „Erschütterung“ der Familienministerin und ihrer fehlenden Konsequenz nicht den Austritt der Türkei aus dieser Konvention und schon gar nicht die Morde und Folter in der Türkei relativieren!

Aber diese wenigen Sätze von Frau Giffey machen deutlich, wie es um die Rechte der Frauen bestellt ist.

Und sie machen klar, dass Frauenrechte ohne die Einhaltung der Menschenrechte nicht viel wert sind.

Ich frag hier mal: ist es nicht auch eine Form von (psychischer) Gewalt gegenüber Frauen, die sich bei Ärzt*innen Beratung zur Schwangerschaft und einem möglichen Abbruch holen wollen, dabei aber wissen, dass diesen Ärzt*innen deshalb ein Strafverfahren droht?

Cornelia Möhring, DIE LINKE, hat am 13.12.2018 in der Bundestagsdebatte über die Streichung dieses Paragrafen gesagt:

"Es ändert sich nichts, der § 219 bleibt im Strafgesetzbuch. Und als wäre der Union damit nicht schon ausreichend gedient, es werden sogar Geschenke für die selbsternannten »Lebensschützer« aufgenommen, indem ihr Vokabular sogar übernommen wird. Ich muss gestehen: Auch wenn das Verhalten der Ministerinnen jetzt keine so große Überraschung für mich war, hatte ich doch auf mehr Konsequenz von den Sozialdemokraten gehofft."

Dieser Umgang mit dem Recht, hier auf Selbstbestimmung, zeigt, dass es die Politik der Regierenden ist, die dazu beiträgt, dass die Frauenrechte – ebenso wie Menschenrechte – immer noch mit Füßen getreten werden. Die Rechte werden nach Bedarf und politischem Kalkül ausgelegt und eingesetzt.

Und sie sind, wie alles im Kapitalismus, dem Profitstreben unterworfen.

Wie sonst ist es zu erklären, dass Frauen im Jahr 2021 immer noch 19 % weniger verdienen als Männer?

Der Equal Pay Day markiert symbolisch diesen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern. Eine Frau musste in diesem Jahr bis zum 10. März umsonst arbeiten.

Wie weit wären wir, hätte sich das Recht auf gleiche Bezahlung aus der Pariser Commune fortgesetzt?

Doch ich will gerecht sein, natürlich hat sich etwas verändert: vor 10 Jahren lag der Unterschied noch bei 23 %. Mit kleinen Schritten nähern wir uns an, aber auch diese brauchen den notwendigen Druck der Frauenbewegung.

Wie die Entwicklung in den Zeiten der Pandemie in der Frage des Entgelts aussehen wird, wissen wir dann wohl erst in 2022 oder später.

Fakt ist, dass die durch Klatschen vom Balkon aufgewerteten Pflegekräfte davon nicht ihre Miete zahlen können.

Auch die Verkäuferinnen, die Friseure oder andere im Dienstleistungsbereich für (zu) wenig Geld entlohnten haben entweder – je nach Tätigkeit – in der Pandemie nur das noch geringere Kurzarbeitsgeld oder sie rackern ohne Ende für den ohnehin zu geringen Lohn.

Die Aufwertung dieser sogenannten typischen Frauenberufe, besser der Menschen und ihrer Arbeit, muss weiter erkämpft werden.

Dabei wird der Protest, sind die Aktionen der Frauen immer kreativer.

Es gibt neue Gruppen und daraus entstehende Bewegungen, die für die Rechte der Frauen kämpfen.

In einem Artikel in der taz über den Frauentag 2020 in Berlin war zu lesen:

„Eine Frau am Mikro erklärt: „Wir sind Flint*. Wir haben die Schnauze voll. Es ist 2020, verdammt noch mal!“, schreit sie und erklärt, was Flint* bedeutet: Der Begriff schließt alle Personen ein, die im Patriarchat diskriminiert werden: Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nichtbinäre, Trans-Personen.

Und für alle nicht explizit erwähnten, aber mit gemeinten Personen steht das Sternchen.“

Soweit die taz – bleibt noch zu erwähnen, dass an diesem Frauentag 20.000 Menschen allein in Berlin demonstriert haben!

Und dies, nachdem es einige Jahre so aussah, als wäre die Frauenbewegung eingeschlafen. Heute stellen wir fest: es waren vielleicht nicht die Massen auf den Straßen zum Internationalen Frauentag, jedoch einen Dornröschenschlaf hat es nie gegeben.

Und während einige bedauern, dass sich die Frauenbewegung um den Internationalen Frauentag erweitert, da sie diesen Tag originär nur den Arbeiterfrauen zugestehen, gehen die Frauen aus den Gewerkschaften, aus den Betrieben und die akademischen Frauen schon lange gemeinsam auf die Straße.

Neu sind auch die Verbindungen zu den Frauen bei Seebrücke und Seewatch – internationale Solidarität, Antirassismus und soziale Rechte sind hier das Thema.

Die Omas gegen Rechts – das sind wieder ältere Frauen, die erkannt haben: Veränderung gibt es nur gemeinsam!

Klar – es dürfen gern mehr werden!

Aber wie in der letzten großen Krise 2008/2009, stellt auch jetzt, in der durch die Pandemie schneller aufgetretenen Krise, eine wachsende Zahl von Frauen die frauenpolitischen Konzepte neoliberaler Politik infrage.

Wie 2008/2009 stellen Frauen fest, dass sie von den Maßnahmen der Regierenden am härtesten getroffen werden.

Homeoffice Kinder und Haushalt, Kurzarbeitsgeld von Niedriglöhnen sind nur einige Probleme.

Die Krise trifft immer die zuerst, die ohnehin schon in einer prekären, zumindest in einer schlechteren Lage sind. Dies fördert eigenständige Widerstandsaktionen von Frauen. Selbst dieser 8. März zeigte, wie kreativ und vielfältig die Aktionen waren.

Andererseits: Die Errungenschaften der Frauenbewegung der 70er Jahre liegen nicht so weit zurück. Die Diskussion um die Quote wird auch heute noch geführt – jetzt finden Frauen allerdings häufiger als früher dabei die Unterstützung der Männer. Gleichzeitig geht es um die Klärung, dass eine Quote in den Chefsesseln allein nicht reicht!

Doch immer noch werden Schlüsselpositionen in dieser Gesellschaft mit Männern besetzt. Aus dieser Sicht macht auch eine Quotierung sowohl in allen Bereichen der betrieblichen Ebenen als auch der gesellschaftlichen Organisationen einen Sinn.

Sie hat die Ausschließung von Frauen bei vielen ins Bewusstsein gerückt. Und dabei geht es nicht

allein um die Quote in Spitzenpositionen.

Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – in Beruf und Freizeit. Und auch in politischen Entscheidungen.

Natürlich löst eine Quote letzten Endes nicht die Probleme und schon gar nicht die gesellschaftlichen Ursachen von Diskriminierung. Diese liegen im kapitalistischen System. Wir wissen jedoch, dass auch beim Aufbau einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft, die Frauenrechte kein Automatismus sind.

Aber die Frauen der Commune machen uns Mut, dass der Kampf dann (etwas) einfacher ist. Heute, im Kapitalismus heißt es: Was und wer keinen Mehrwert schafft und nicht zur Vermehrung des Profits beiträgt, hat keine Chance, oben auf Tagesordnung zu kommen.

Das betrifft gerade viele Arbeiten, die überwiegend von Frauen geleistet werden. Die Kindererziehung, die Pflege von alten Menschen, aber auch Kunst und Kultur fallen durch das Raster. Da soll es dann mit einem Klatschen vom Balkon gewesen sein.

Im Kapitalismus geht es nicht um „Der Mensch geht vor Profit“, sondern nur um den Profit.

Umso mehr brauchen wir den Mut, die Lust und das Wissen zum weiterkämpfen.

Wichtig sind Beispiele für erfolgreiche Kämpfe aus der Vergangenheit und der Gegenwart.

In Rojava wird, so sagen die kurdischen Genoss*innen, eine Frauenrepublik aufgebaut.

Die Frauen in einigen Ländern in Mittel- und Südamerika, auf Cuba, aber auch der selbstbewusste Kampf der Textilarbeiter*innen in Indien und Bangladesch zeigen die unterschiedlichen Entwicklungen, aber eben auch, dass der Kampf um die Rechte der Frau überall geführt wird.

Bei all dem können wir feststellen:

Die Kämpfe heute richten sich wie zur Zeit der Pariser Commune gegen Kriege, gegen Gewalt, Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit, für das Recht auf Bildung und sind

Insofern dient der 150. Jahrestag der Pariser Kommune nicht nur zum Erinnern, sondern er unterstreicht das Interesse vieler Frauen weltweit an einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Um es Rosa Luxemburg von 1914 in „Die Proletarier“ sagen zu lassen:

„Die proletarischen Frauen müssen im politischen Leben durch ihre Betätigung auf allen Gebieten festen Fuß fassen, nur so schaffen sie sich ein Fundament für ihre Rechte.“